

# «Das ist ein Unsinn» – «Nein, das ist Chabis»

**Streitgespräch** Die Nationalräte Walter Wobmann (SVP) und Philipp Müller (FDP) zu SVP-Initiative und Gegenprojekt

VON GIERI CAVELTY UND ROMAN SCHENKEL

Vor einer Woche hat die Eidgenössische Kommission für Migrationsfragen publik gemacht: 2009 wurden gut 800 Personen des Landes verwiesen, doppelt so viele als bisher angenommen. Ausschaffungs-Initiative wie Gegenvorschlag sind da doch überflüssig – und wir können am 28. November getrost daheim bleiben, statt an die Urne zu gehen. Philipp Müller: Es geht hier nicht um Zahlen. Es geht darum, dass sich im heutigen Ausländerrecht nur eine Kann-Formulierung findet: Das führt dazu, dass zu oft auch bei schweren Delikten nicht ausgewiesen wird. Walter Wobmann: Und die Kantone wenden diese Möglichkeit unterschiedlich an: Basel-Stadt etwa hat 2008 gerade einmal zwei Personen die Aufenthaltserlaubnis entzogen. Da muss man härter durchgreifen.

Wie tönt das in Zahlen? Wobmann: Mit unserer Initiative wären im Jahr 2008 1500 Personen ausgeschafft worden. Beim Gegenvorschlag, den Herr Müller vertritt, wären es etwa die Hälfte gewesen – offenbar gleich viele, wie es 2008 effektiv gewesen sind. Der Gegenvorschlag bringt also überhaupt keine Verbesserung zur heutigen Regelung, ist sogar noch schädlich. Müller: Chabis!

Wobmann: Diese Zahlen stammen von der Bundesverwaltung: 2008 hatten 4200 Ausländer ein Delikt begangen, das gemäss unserer Initiative zu einer Ausweisung führen würde.

Ihre Initiative, Herr Wobmann, verspricht, dass uns alle kriminellen Ausländer vom Hals geschafft würden. Und nun sprechen Sie von 4200 Straftätern, aber nur 1500 wären ausgeschafft worden. Wir sind enttäuscht!

Wobmann: Es wären immer noch viel mehr als heute. Und zumindest die schwersten Fälle hätte man ausschaffen können. Entsprechend wäre die Sicherheit in diesem Land verbessert worden.

Und wie kommt es, Herr Müller, dass Ihr Gegenvorschlag gar keine Verbesserung zu heute brächte? Müller: Das ist eine absurde Diskussion! Natürlich würden mit dem Gegenvorschlag mehr Leute ausgewiesen. Entscheidend ist: Was sind die Voraussetzungen, damit jemand ausgewiesen wird? Die SVP reiht abschliessend und willkürlich eine Reihe

**«Die SVP reiht abschliessend und willkürlich eine Reihe von Delikten auf.»**

Philipp Müller

von Delikten auf, schwerwiegende und weniger schwerwiegende – und sie lässt vieles weg. Der Gegenvorschlag dagegen ist präzise. Ausgewiesen wird, wer eine Straftat gegen Leib und Eigentum begeht, die von Gesetzes wegen mit mindestens zwölf Monaten Gefängnis bestraft werden muss. Bei allen anderen Delikten ist es so: Wer zu mindestens zwei Jahren Haft verurteilt wird, für den wird die Ausweisung fällig. Wobmann: Im Gegenvorschlag heisst es aber auch, die Ausweisung dürfe nicht den «Prinzipien des allgemeinen Völkerrechts» widersprechen.

Das heisst? Wobmann: Das heisst, dass man niemanden mehr wird ausschaffen können, weil sich immer ein Jurist findet, der ein Urteil als völkerrechtsverletzend taxiert. Der Gegenvorschlag ist schlechter als geltendes Recht! Müller: Da will jemand nicht begreifen: Mit dieser Einschränkung sind



Walter Wobmann verfehlt die Ausschaffungs-Initiative, Philipp Müller kämpft für den Gegenvorschlag.

EMANUEL FREUDIGER

zwei Dinge gemeint: Die Wegweisungspraxis darf nicht gegen die Europäische Menschenrechtskonvention verstossen und auch nicht gegen die Kinderrechtskonvention. Das war bisher schon so, nun kommt aber beim Gegenvorschlag die «Muss-Bestimmung» hinzu, was logischerweise zu mehr Wegweisungen führt. Wobmann: Das steht aber so nicht im Gegenvorschlag, die Grundprinzipien sind nirgends klar definiert. Also Juristenfutter!

Was bedeutet das konkret? Müller: Beispielsweise darf eine minderjährige Person nur dann ausgeschafft werden, wenn sich im Herkunftsland jemand findet, der sie nimmt. Zum Juristenfutter, Kollege Wobmann: Die Grundprinzipien stehen in der Verfassung! Wobmann: Ein 16-jähriger Mörder und Vergewaltiger darf laut Gegenvorschlag nicht ausgeschafft werden. Müller: Nein, dem Minderjährigen wird die Aufenthaltserlaubnis entzogen, er verbüsst die Strafe und wird dann mit 18 ausgeschafft. Wobmann: Und bis dahin darf er vergewaltigen, wie er will. Müller: Nein, er sitzt ja im Gefängnis oder in einer Jugendstrafanstalt. Er wird so oder so aus dem Verkehr gezogen. Wobmann: Als Jugendlicher würde der frei herumlaufen.

Wollen Sie die Menschenrechtskonvention kündigen, Herr Wobmann? Wobmann: Das müsste allenfalls geprüft werden. Müller: Bei buchstabengetreuer Umsetzung der Ausschaffungs-Initiative müsste die Konvention gekündigt werden.

Was ist mit dem zwingenden Völkerrecht? Wobmann: Das zwingende Völkerrecht sieht vor, dass niemand in ein Land ausgeschafft wird, wo ihm Sklaverei, Folter, ethnische Verfolgung oder der sichere Tod droht. Es ist für uns alle selbstverständlich, dass wir niemanden ausschaffen und in eine solche Situation bringen.

Und wie steht es mit der Personenfreizügigkeit mit der EU? Müller: Dieses Abkommen will er ebenfalls aufkündigen. Wobmann: Das ist nicht nötig. Im

## Walter Wobmann



Wobmann ist seit 2003 Solothurner SVP-Nationalrat. Landesweit bekannt wurde er wegen seines Einsatzes für die Minarett-Initiative.

Anhang zum Abkommen wird uns zugestanden: Die Personenfreizügigkeit darf eingeschränkt werden, wenn die öffentliche Ordnung und die Sicherheit der Schweiz beeinträchtigt sind. Schauen Sie, was Frankreich heute mit den Roma macht. Dort werden Leute ausgewiesen, bevor sie überhaupt ein Delikt begangen haben. Und wir sollten nicht einmal ausweisen dürfen, wenn jemand ein Delikt begangen hat? Müller: Frankreich weist die Leute aus, weil sie sich illegal und ohne Job im Land aufhalten, nicht weil sie eine Straftat begangen haben.

Wie stark würde das Verhältnis zur EU belastet, Herr Müller? Müller: Ich gehe ebenfalls nicht davon aus, dass die EU im Fall eines Ja zur Initiative das Personenfreizügigkeits-Abkommen kündigen würde. Die Probleme im Verhältnis zur EU kämen da, wo wir offene Flanken haben. Es ist aber auf jeden Fall klar, dass eine Wegweisung wegen eines simplen Kioskeinbruchs mit dem Freizügigkeitsabkommen nicht kompatibel ist.

Was könnte denn passieren? Müller: Wir sind auf ein gutes Einvernehmen mit der EU angewiesen, 60 Prozent unseres Exportes gehen in die EU. Derzeit stehen wir unter Druck wegen der Unternehmensbesteuerung und verhandeln im Bereich der unversteuerten ausländischen Gelder, die in der Schweiz angelegt sind. Die Verhandlungen in diesen Dossiers würden noch härter. Wobmann: Es ist Unsinn, zu behaupten, die Wirtschaft werde eine Annahme der Initiative bereuen. Unsere Wirtschaft ist daran interessiert, dass unser Land sicher ist. Für diese Sicherheit sind wir selber zuständig.

Tatsache aber ist: Der Gegenvorschlag ist umfassender.

## Philipp Müller



Müller ist seit 2003 Aargauer FDP-Nationalrat. Bekannt wurde er vor zehn Jahren mit seiner Volksinitiative für einen Einwanderungsstopp.

Müller: Genau. Ich nenne ein Beispiel: Vor einer Woche konnten wir in der az von einem Kosovaren lesen, der jemandem ein Rollbrett über den Schädel gezogen hat und dafür zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt worden ist. Mit dem Gegenvorschlag müsste er zweimal ausgeschafft werden: Einmal wegen schwerer Körperverletzung. Und dann, weil er zwei Jahre Haft aufgebremst bekommen hat. Bei der SVP-Initiative dürfte er im Land bleiben. Wobmann: Das stimmt so nicht. Sollte das Volk die Initiative annehmen, kann das Parlament den Delikt-katalog auf Gesetzesbasis erweitern. Man kann den Katalog beispielsweise mit Wirtschafts- und Raserdelikten

**«Man kann den Katalog der Straftaten etwa um Wirtschafts- und Raserdelikte ergänzen.»**

Walter Wobmann

ergänzen. Das entspricht dem üblichen Vorgehen bei der Ausführung von Volksinitiativen. Müller: Die Frage ist, ob sich da eine Mehrheit im Parlament finden liesse, die bereit ist, die lückenhafte Initiative nachzubessern.

Sie, Herr Müller, und die übrige FDP würden bestimmt für eine Ausweitung und Präzisierung stimmen. Zusammen mit der SVP und Teilen der CVP hätte man da doch eine komfortable Mehrheit. Müller: Das ist nicht gesagt. Vor allem aber ist es auch nicht nötig. Es bringt doch nichts, die lückenhafte Initiative anzunehmen, wenn man den ausgereiften Gegenvorschlag annehmen kann. Bei der SVP-Initiative wissen die Leute nicht, was nachher im Gesetz steht

Wobmann: Was ebenfalls im Gegenvorschlag steht und worüber wir noch gar nicht gesprochen haben: Der Gegenvorschlag enthält einen unsäglichen Integrationsartikel. Gerade dieser Artikel macht den Gegenvorschlag so ungeniessbar.

Den Integrationsartikel haben FDP und CVP reingepackt, um die Linke an Bord zu holen.

Müller: Das ist so. Er enthält aber nichts, was nicht schon im Gesetz steht. Ich empfehle dem Kollegen Wobmann, das Kapitel 8 des Ausländergesetzes zu lesen, das ja unter der Ägide von Christoph Blocher entstanden ist. Da ist alles schon drin, was mit Integration zu tun hat. Nichts Neues also unter der Sonne.

Wobmann: Der Bund würde die Kantone und Gemeinden zu 150 Millionen Franken teuren Integrationsmassnahmen verpflichten. Müller: Das ist nun wirklich totaler Unsinn. Es steht schon heute im Gesetz, dass das Parlament die jährlichen Beiträge festlegt, und dies nur, wenn sich Dritte auch beteiligen.

Wie ist das eigentlich mit dem Steuerbetrüger, Herr Wobmann? In der SVP-Initiative wird Steuerbetrug nicht berücksichtigt. Wobmann: Wenn eine Mehrheit im Parlament Steuerdelikte ins Ausführungsgesetz aufnehmen möchte, wird das künftig ebenfalls mit einer Ausweisung sanktioniert.

Sie garantieren, dass die SVP da mitmachen mit? Wobmann: Das haben wir noch nicht besprochen. Persönlich würde ich den Steuerbetrug in den Delikt-katalog aufnehmen.

Und die Steuerhinterziehung? Wobmann: Das ginge mir zu weit. Aber sehen Sie: Man kann dem Gegenvorschlag durchaus zugutehalten, dass er das Strafmass als Kriterium für eine Ausweisung definiert. Dieses Kriterium könnte man von mir aus vom Gegenvorschlag übernehmen und in die Ausführungsbestimmungen zur Initiative schreiben. Müller: Du räumst also selber ein, dass der Gegenvorschlag besser ist. Wobmann: Keineswegs. Ich bin einfach pragmatisch und für alles, was unser Land sicherer macht.